

Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2970) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mt. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch, den 12. Oktober
1898.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Zetkin (Eißner), Stuttgart, Rothebühlstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Zurliebachstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Der Stuttgarter Parteitag. — Resolutionen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Stuttgart. — Der Jahresbericht der englischen Fabrikinspektorinnen für 1897. Von Helene Simon. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Nummer 1054. Aus dem Schwedischen. Von Gustav Lichtenstein.

Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisationen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Kinderarbeit. — Frauengenossenschaften. — Frauenstimmrecht. — Soziale Reformen. — Statistisches zur Frauenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung.

Der Stuttgarter Parteitag.

In einer arbeitsreichen und bewegten Woche haben die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Aufgaben erledigt, die ihrer in Stuttgart harrten. Der Einzelne mag den oder jenen Zug der Stuttgarter Verhandlungen anders wünschen, mag es bedauern, daß ein bestimmter Gesichtspunkt nicht schärfer zum Ausdruck gelangte, ein anderer dagegen so klar umrissen hervorgetreten ist: im Allgemeinen darf die Sozialdemokratie auf ihren Parteitag nicht bloß mit Befriedigung zurückblicken, sondern mit berechtigtem Stolz. Er ist ein neuer, starker Beweis für die strotzende Lebenskraft, für die vorwärtsdrängende Entwicklung der Partei. Was die Erkenntnis von der Klassenlage des Proletariats, von dem Charakter und der Richtung des geschichtlichen Werdegangs als kämpfendes Heer um das rote Banner schafft, das ist so fest in dem Willen des einen Zieles zusammengeschweißt, daß es durch abweichende Meinungen Einzelner in Einzelfragen weder auseinandergerissen, noch von seiner geschichtlich vorgezeichneten Marschroute abgelenkt werden kann. Die Sozialdemokratie konnte deshalb in Stuttgart über Unterschiede in der Auffassung grundsätzlicher und taktischer Fragen in aller Öffentlichkeit diskutieren. Sie brauchte nicht jene Spaltung zu befürchten, deren Weisagung zu den billigen Späßen gehört, mit denen bürgerliche Preßfakeln die Bourgeoisie über das Wachstum der Sozialdemokratie zu trösten pflegen. Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei ist in nichts dadurch erschüttert worden, daß bei der Erörterung umstrittener Fragen die Geister zeitweise heftig aufeinander prallten. Die Stuttgarter Verhandlungen haben aber auch klärlieh erwiesen, daß die Partei den eigenbrüdelnden Meinungen einzelner Genossen ungeachtet nach wie vor als revolutionäre Kampfespartei auf dem Boden des Klassenkampfes steht und an ihrer altbewährten Taktik festhält.

Mit Recht hob Singer in seinem packenden Schlußwort diese beiden Umstände als besonders wichtige Ergebnisse des Parteitags hervor. Und noch ein Drittes ist für die stattgefundenen Verhandlungen charakteristisch: das Fernhalten von allem Kleinkram. Die Diskussion bewegte sich fast ausschließlich um bedeutsame Fragen, Kleines und Kleinkliches wurde nicht mit jener Breite erörtert, wie es sonst so oft auf den sozialdemokratischen Parteitagen der Fall ist.

Wenn die Frage der Taktik auch nicht als besonderer Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung stand, so hat sie doch thatsächlich den Parteitag beherrscht. Wie ein rother Faden zog sie sich durch die Debatten über den Bericht des Vorstandes, die Reichstagswahlen und die Presse betreffend; der Bericht über die

parlamentarische Thätigkeit stand in ihrem Zeichen, wie die Erörterung unserer Stellung zur Zoll- und Handelspolitik. Der Widerstand, der von gewissen Seiten her von vornherein der Erörterung bestimmter taktischer Meinungsunterschiede entgegengesetzt worden ist, mußte vor dem Bedürfnis zusammenbrechen, eine Klärung der strittigen Fragen wenigstens einzuleiten. Hat er somit das unabwiesbar Nöthige nicht zu verhindern vermocht, so hat er dafür eins bewirkt: er ist von wesentlichem Einfluß auf das Wie der Auseinandersetzungen gewesen. In erster Linie ist er verantwortlich für den scharfen, hier und da gereizten Kampfston, der von hüben wie drüben angeschlagen worden ist. Wäre die Frage der Taktik als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt und durch Referat und Korreferat eingeleitet worden: die Diskussion hätte sich von Anfang an auf einem streng sachlichen Boden gehalten und in ruhigeren Bahnen bewegt. Wo man von vornherein die Einen als „Störenfriede“ betrachtet, die Anderen als „Beschwichtigungsräthe“, da sind persönliche Reibereien fast unvermeidlich. „Wo Holz gehauen wird, da fliegen Späne.“

Wie nöthig die Auseinandersetzung war, das zeigt ihr Verlauf. Unzweideutig trat es in Erscheinung, daß innerhalb der Sozialdemokratie auseinandergehende Auffassungen über den Charakter der Bewegung und ihr taktisches Verhalten vorhanden sind. Die wissenschaftliche Auffassung von dem Gange der Entwicklung, wie sie von Bernstein und Konrad Schmidt vertreten wird, steht in schroffem Gegensatz zu dem Standpunkt, den Kautsky, Schönlant, Parvus, Genosin Luxemburg und Andere auf dem Parteitag einnahmen. Betreffs unserer Taktik gehen die Ansichten von Beus, Heine, Bollmar, Auer z. einerseits und denen von Veibel, Liebknecht, Singer, Kautsky, Schönlant, Stadthagen, Parvus, den Genossinnen Luxemburg und Zetkin andererseits beträchtlich auseinander. Allerdings beruht der Unterschied in der Auffassung der sogenannten „radikalen“ und der sogenannten „opportunistischen“ Strömung nicht darin — wie es nach den Reden der Genossen Heine, Bollmar z. scheinen könnte — daß erstere die Nothwendigkeit praktischer Reformen leugnet und in Nichtachtung der Wirklichkeit und des geschichtlichen Entwicklungsprozesses an den alten revolutionären Köhlerglauben von der alleinseligmachenden Macht des blanquistischen Handreichs sich klammert. Die Nothwendigkeit und die große geschichtliche Tragweite der Gegenwartsreformen ist von den „radikalsten“ Segnern der Taktik der „Kompensationen“ und der „Offenen Hand“ stets betont worden. Nicht die Einführung einer neuen Taktik — der Taktik der revolutionären Phrase — erstreben sie deshalb. Sie kämpfen vielmehr für das Festhalten an der bisherigen Taktik, welche die richtige Bewertung des Endziels mit der richtigen Bewertung der Reformarbeit zu verbinden wußte. Sie wehrt sich gegen das Evangelium einer neuen Taktik, welche sich gegen die utopistische Ausmalerei des Zukunftsstaats verwahrt — die innerhalb der Partei Niemand kultivirt — aber dafür in einer utopistischen Auffassung des kapitalistischen Gegenwartsstaats schwelgt, die deshalb die Reform wie die Revolution nicht von einem Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft erwartet, sondern von einem Faktiren mit ihr. Sie kämpft für eine dem Wesen des Klassenkampfes entsprechende proletarische Taktik nicht etwa aus dem Fanatismus eines Dogmen- und Buchstabenglaubens, vielmehr aus der klaren Erkenntnis und Werthschätzung der Wirklichkeit rings um uns. Die Debatten über taktische Fragen haben das unseres Erachtens klar gezeigt.

Gewiß, daß die Verhandlungen des Parteitag's weit entfernt davon sind, alle Streitfragen gründlich geklärt zu haben. Aber jedenfalls haben sie den Anhängern der Vogelstrauchpolitik in unseren Reihen nachgewiesen, daß bezüglich vieler Fragen nicht bloß Unterschiede des Temperaments und der Liebe zu gewissen Worten bestehen, wohl aber Gegensätze der Auffassung, welche in bestimmten Verhältnissen wurzeln. Wie unabweisbar eine Klärung der Meinungen ist mit Rücksicht auf das geschlossene praktische Handeln der Partei, das versteht sich am Rande. Die Debatten haben des Weiteren ergeben, daß nur einzelne Persönlichkeiten die alte taktische Auffassung verwerfen, und nicht die breiten Massen unserer Anhängerenschaft. Das bestätigten die meisterhaften Ausführungen Skautsky's, welche den Höhepunkt der Debatten über die Taktik bildeten; das ging auch aus den Reden unseres Liebknecht, Schönlaik, Wurm z. hervor, und aus dem Widerhall, den sie fanden. Kann so über die Stellung des Parteitag's kein Zweifel sein, so noch weniger über die Haltung der sozialdemokratischen Massen. Angesichts dieser Sachlage wäre auch unseres Erachtens die Annahme einer besonderen Resolution einerseits überflüssig gewesen, andererseits untaktisch. So ist auch der Schein vermieden, als ob eine Vergewaltigung der Meinungsfreiheit Einzelner durch den „Dogmatismus“ der Mehrzahl bezweckt war. Und daß praktisch die Partei nicht ins Gedränge geräth, dafür sorgt der aufs Schärfste zugespitzte Kampf, den der Kapitalistenstaat gegen die deutsche Arbeiterklasse auf der ganzen Linie führt. Persönliches Regiment, Kolonialabenteuer, Militarismus, Stillstand der Sozialreform, Mächte-geru-Attentate gegen das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit lassen klipp und klar die mangelnden praktischen Voraussetzungen für eine „Mauerung“ der Sozialdemokratie erkennen. Der jetzige „Radikalismus“ der Partei hat sich mit dem „Possibilismus“ einzelner Personen und einzelner Strömungen noch stets gut zu vertragen gewußt und die Bewegung hat sich nicht Dank dem Opportunismus, wohl aber im Gegensatz zu ihm zu ihrer Größe und Macht entwickelt.

Was der Parteitag in der Richtung einer Klärung der Gegensätze begonnen, das muß nun durch die Presse und die Organisationen vollendet werden. Ganz besonders gilt dies bezüglich der Erörterung der wissenschaftlichen Probleme, die Bernstein ange schnitten hat und die keinesfalls aus dem Handgelenk durch Parteitag'sbeschlüsse als erledigt erklärt werden konnten. So fest wir auch von dem Endergebnis der Erörterung überzeugt sind, so dünkt uns doch eine gründliche Behandlung der Streitfragen unabweisbar. Denn, wie wir bereits früher sagten: die Sozialdemokratie glaubt nicht blind, sie studirt, prüft, lernt und will wissen; sie ist die Partei der lebendigen Entwicklung und nicht des toten Buchstabenformalismus.

Der Frage unserer Stellungnahme zur Zoll- und Handels politik hätten wir trotz Referat und Skautsky's vorzüglichem Korreferat eine breitere und gründlichere Behandlung gewünscht. Gewiß haben die Debatten Manches nachgeholt, was im Rahmen der Vorträge nicht erörtert werden konnte. Wir erinnern in dieser Beziehung an Schönlaik's lichtvolle Ausführungen, welche die Erfüllung von Vollmar's Wunsch vornweg genommen hatte: die Frage im Zusammenhang mit der politischen Situation der Gegenwart zu behandeln. Immerhin sind eine Reihe hochwichtiger Gesichtspunkte außerhalb der Erörterung geblieben, und zwar Gesichtspunkte, welche von entscheidendem Einfluß auf unsere Haltung zu der Frage sein müssen. Eine tiefere Erörterung des Gegenstandes hätte unseres Erachtens sicherlich zu einer Ablehnung des abschwächenden Zusages geführt, der unseren Standpunkt nur „im Allgemeinen“ festlegt, in besonderen Fällen aber allerhand Seitensprünge gestattet. Wir hätten der Partei eine festere Richtschnur gewünscht, als die durch Bebel's Zusatz eingeschränkte Resolution sie enthält. Denn der Parteitag hat sich mit der Frage Schutz Zoll oder Freihandel nicht als mit einer Doktorfrage beschäftigt, über welche die Theoretiker zu ihrem Privatvergnügen spintistren mögen. Seine Stellungnahme geschah vielmehr unter dem sehr praktischen Gesichtswinkel des in naher Zukunft bevorstehenden Abschlusses der Zoll- und Handelsverträge.

Daß die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen ohne Debatte erledigt werden konnte, ist gewiß ein Vorzug.

Neue Gesichtspunkte wären nach den eingehenden Hamburger Verhandlungen gewiß weder von einer Seite, noch der anderen geltend gemacht worden. Angesichts der nahe bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag stellt die gefaßte Resolution den einzig möglichen Ausweg dar. In den fünf Jahren, die bis zu den nächsten Wahlen verstreichen, ist reichlich Zeit vorhanden, die Frage aufs Neue gründlich und an der Hand der gewonnenen Erfahrungen unter neuen Gesichtspunkten zu prüfen.

Früher, energischer Kampfesgeist durchwehte das Referat über das Koalitionsrecht und spricht aus der dazu gefaßten Resolution. Das Gleiche gilt von den Resolutionen, die sich auf den Abrüstungsvorschlag des Zaren beziehen, beziehungsweise auf den im Anschluß an die Ermordung der Kaiserin Elisabeth eingeleiteten polizeilichen Streuzzug gegen die Anarchisten, das heißt in Wirklichkeit gegen das kämpfende Proletariat.

Zur Frage der Kaiserfeier erneuerte der Parteitag den Hamburger Beschluß, von einem Verzicht auf die Manifestation war diesmal keine Rede. Von großer Sachkenntnis zeugt die Resolution den Bergarbeiter'schutz betreffend, sowie das Referat und die Debatten, durch welche sie begründet wurde. Aus den Abstimmungen über die Berichte des Parteivorstandes, der Kontrolleure und der parlamentarischen Fraktion ging hervor, daß im großen Ganzen zwischen der Partei und ihren Vertretungskörpern volle Uebereinstimmung besteht. Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteileitung bestätigte das noch ausdrücklich.

215 Delegirte mit zusammen 246 Mandaten und 37 Vertreter der Partei ohne Mandate nahmen an den Beratungen theil. Die sechs weiblichen Delegirten haben durch ihr Eingreifen in die Debatten bewiesen, daß die Genossinnen innerhalb der Partei nicht bloß geduldeten Mitläufer sind, vielmehr gleichwerthige Mitkämpferinnen. Es gereicht uns zur besonderen Genugthuung, daß eine weibliche Delegirte es war, Genossin Luxemburg, die in besonders zielklarer, formvollendeter Weise den Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den possibilistischen Strömungen vertrat. Auch die Ausführungen der Genossinnen Zieg und Köhler zu verschiedenen Punkten der Tagesordnung können sich neben den Reden der Genossen recht gut behaupten. Bis in weite Kreise von Genossinnen hinein — und auch von Genossen — hat es deshalb verstimmend gewirkt, daß Genosse Auer seine Abkanzelung der Genossinnen Luxemburg und Zetkin mit Ausfällen gegen das weibliche Geschlecht verquidete. Den Standpunkt der beiden Genossinnen und ihre Art der Polemik mit aller Schärfe zurückzuweisen, das war Auer's gutes Recht und unter Umständen seine Pflicht. Die Form seines Levitenlesens würde Niemand verletzt haben, der mit der Eigenart der Auer'schen Polemik vertraut ist. Aber das persönliche Empfinden über die „Sünden“ einzelner Genossinnen zu einem Ausfall gegen das weibliche Geschlecht zu verdichten, das war — gelinde gesagt — eine taktische Unschicklichkeit, die einem der besten Führer der Partei nicht nobel ansteht, welche die Gleichberechtigung der Geschlechter in ihrem Programm hat und sich bei jeder Gelegenheit darauf beruft, wo sie der Unterstützung der Frauen bedarf. Wir rathen den Genossinnen, die diesbezüglichen Auslassungen Auer's nicht tragisch zu nehmen, sondern als Ausfluß des persönlichen Geschmacks des Redners zu bewerten. Die Sozialdemokratie als Partei hat es bis nun stets abgelehnt, sich mit ihrer Auffassung und ihrem Geschmack in Betreff der Gleichberechtigung der Geschlechter auf die nämlichen Weidegründe platter Alltagswitze zu begeben, auf denen der Spießbürger graßt, wenn er an seinem Stammtisch über die theuren Winterpreise und den Abrüstungsvorschlag des Zaren kennegeiert. Auch die kleine Episode kann uns die Freude an den stattgehabten Beratungen nicht trüben.

Wir sind überzeugt, daß der Stuttgarter Parteitag in der Geschichte der Sozialdemokratie einen sehr ehrenvollen Platz einnehmen wird. Er hat das Seinige dazu beigetragen, unsere Kämpfer zu klären, unsere Reihen zu festigen. Gereint und gerüstet als Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes steht die Sozialdemokratie auf dem Plane, der Angriffe der Feinde gewärtig, der Siege gewiß.

Resolutionen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Stuttgart.

1. Resolution zum Punkte Koalitionsrecht.

Unter der kapitalistischen Produktionsweise hat die Unternehmerklasse das Bestreben, jeden Fortschritt in der Produktionstechnik, jede Einführung arbeitsparender Maschinen, jede ihnen günstige Konjunktur des Arbeitsmarkts dahin auszunützen, die Löhne der Arbeiter zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Die Arbeiter haben daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Hebung ihrer Lebenshaltung die Pflicht, mit allen im heutigen Klassenstaat verfügbaren politischen und wirtschaftlichen Kampfmitteln dieses kulturfeindliche Bestreben der Unternehmerklasse zu vereiteln. Ein unentbehrliches Mittel zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist die gewerkschaftliche Organisation und die ungehinderte Benutzung eines gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts.

Der Parteitag erklärt es als eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung, allen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren und es gegen die unablässigen Anschläge des Unternehmertums sicherzustellen. Er wendet sich daher entschieden gegen die Drohung in der Tischrede des Kaisers zu Deynhausen am 6. September 1898, demnächst der Volksvertretung einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wonach jeder mit Zuchthaus bestraft werden soll, der „gar zu einem Streik anreißt“.

Streitandrohung und Streitverhängung sind für die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe ebensolche Waffen wie Aussperrungen, Kündigungsandrohung bei beabsichtigter Lohnherabsetzung u. dgl. für die Unternehmer, die durch ihre soziale Stellung und ihre geringe Anzahl den Arbeitern gegenüber im Vorteil sich befinden und soweit sie in Verbänden, Ringen und Syndikaten koalirt sind, von vornherein eine ungeheure Uebermacht gegenüber den Arbeitern besitzen.

Der Parteitag fordert die deutschen Arbeiter ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauungen auf, sobald dem Reichstag eine solche oder ähnliche Vorlage zugeht, Protestversammlungen zu veranstalten und die Abgeordneten zur Stellungnahme gegen eine solche Vorlage zu drängen.

Der Parteitag erblickt in der Kaiserrede das unzweideutige Zeugnis, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht gestellte Sozialreform seitens der Regierung aufgegeben ist. Der nunmehr erst im richtigen Lichte erscheinende Erlass des Grafen Posadowsky zeigt, daß das Reichsamt des Innern statt des früher in Aussicht gestellten „Schutzes gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft“ eine Politik der Unterdrückung der Arbeiterbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet einleitet — eine Politik, die den letzten Arbeiter über das Märchen vom „sozialen Königtum“ aufklären und ihn davon überzeugen muß, daß im heutigen Klassenstaat die Regierung immer mehr und immer deutlicher die Sachwalterin der Kapitalisteninteressen wird und allein die Sozialdemokratie die rückhaltlose und offene Vertreterin der Arbeiterinteressen ist.

2. Resolution zur Zoll- und Handelspolitik.

In Erwägung

1. daß Lebensmittelzölle eine künstliche Vertheuerung der notwendigsten Lebensmittelbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Stadt und Land herabdrücken;

2. daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reiche die Industriezölle notwendigerweise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen;

3. daß im Allgemeinen die deutsche Industrie wenig genug entwickelt ist, um den Zollschutz entzathen zu können;

4. daß der Schutz Zoll bei entwickelter Großindustrie das wirksamste Mittel ist, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen festgeschlossenen Unternehmerverbänden zu fördern;

5. daß diese Verbände die Aufgabe haben, die Preise der Waaren über ihr normales Niveau zu erheben, wodurch sie stets die Masse der Konsumenten und speziell die Arbeiter, oft aber auch die Industrie selbst schädigen, die durch den „Schutz der nationalen Arbeit“ angeblich gefördert werden soll, der sie aber die notwendigsten Rohmaterialien und Hilfsstoffe (Eisen, Kohle) vertheuern;

6. daß diese Verbände aber auch ein mächtiges Mittel sind, die Vereinigungen der Arbeiter lahmzulegen, alle ihre Bestrebungen nach Hebung ihrer Lage zu nichte zu machen und sie in ein modernes Pelotenverhältniß herabzudrücken;

7. daß die Schutzzölle gleichzeitig als Finanzzölle wirken und

den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzzollpolitik nie zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können;

8. daß endlich die Schutzzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken, indem sie die aus den kapitalistischen Produktions- und Absatzverhältnissen entspringenden Interessengegensätze zwischen den Nationen künstlich vertiefen.

erklärt der Parteitag: die Schutzzollpolitik im Deutschen Reiche wie in jedem Staatswesen entwickelter Großindustrie ist unvereinbar mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwicklung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industriemonopolisten, sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen, also der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Demokratie. Es sind dieselben Klassen, die den Arbeiterkoalitionen mit dem Zuchthaus drohen und die Unternehmerkoalitionen durch den Schutz Zoll zusammenschweißen.

Es ist daher geboten, namentlich bei der Erneuerung der Handelsverträge, jeden Schritt im Sinne der Vertretungsfreiheit zu unterstützen, dagegen alle Maßregeln aufs Schärfste zu bekämpfen, die auf Erhaltung oder gar Verstärkung des heutigen schutzöllnerischen Regimes abzielen.

3. Die Maiseier betreffend.

Der Parteitag wolle beschließen, die Resolution des Gothaischen Parteitags, betreffend die Maiseier, für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten, welche lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

4.

Der Parteitag erklärt:

Die Versuche, den Meuchelmord an der Kaiserin von Oesterreich gegen die Sozialdemokratie auszunützen, um Ausnahmegesetze oder sonstige reaktionäre Maßregeln zu rechtfertigen, betrachtet der Parteitag als ein Attentat auf die kümmerlichen Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes.

Keine Partei hat mehr als die Sozialdemokratie die Anschauung als falsch und verderblich bekämpft, daß der Mord, begangen an Personen in einflussreichen politischen Stellungen, irgend eine Verbesserung der bestehenden Zustände herbeiführen könne. Nicht die einzelne Person bestimmt den Gang der Dinge, sondern die maßgebenden Klassen, gestützt auf die Macht und den Einfluß ihrer Interessen.

Wenn trotzdem gewisse Leute versuchen, den Meuchelmord an der österreichischen Kaiserin in dem angedeuteten Sinne auszunützen, so nur weil sie durch Gewaltmaßregeln gegen das arbeitende Volk ihre niedrigen, selbstsüchtigen Klasseninteressen fördern und ihren brennenden Haß gegen das Streben der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, menschenwürdige soziale und politische Zustände herbeizuführen, befriedigen wollen.

Der Parteitag spricht den Vertretern dieser arbeiterfeindlichen Bestrebungen die ihnen gebührende Verachtung aus.

Der Jahresbericht

der englischen Fabrik-Inspektorinnen für 1897.

Von Helene Simon.

Wieder einmal ist der Jahresbericht der englischen Inspektorinnen ein Beweis für ihre außerordentliche Thätigkeit und eine nie ermüdete Spannkraft in Verfolgung ihrer Ziele. Durch ihre Darstellung gewinnt der todte Gesetzesbuchstabe Leben und Anschaulichkeit; man sieht die Personen, die er schützen soll, kleine Mädchen, die unter schweren Lasten leuchten, abgemüdete, stumpf verlichtene Weiber, aber auch solche, die über eine Besserung ihrer Lage Freude äußern und mit frischerer Kraft und mehr Muth zur Wahrung ihrer Rechte selbst beitragen. Man sieht, wo das Gesetz wirkt, und wo es versagt und thut einen Blick in das Getriebe von Umständen und widersprechenden menschlichen Beweggründen, die hemmend oder fördernd eingreifen.

„Neben einer Zunahme der Beschwerden von Arbeiterinnen und Arbeiterorganisationen haben sich die Ersuchen der Unternehmer um Information (Aufklärung) über ihre Verpflichtungen unter den Fabrik- und Truck-Gesetzen, über angemessene Arbeitsräume, über Vorschriften betreffend Register, Arbeitszeit, Ueberzeit, Feiertage, Aborte etc. sehr vermehrt. Es ist das ein deutlicher Beweis für das Durchdringen des Pflichtbewußtseins oder auch der Furcht vor der Aufsicht.“ — „Interessant ist die Beobachtung einer wachsenden Entschlossenheit seitens der Arbeiter, sowohl der organisierten als der unorganisierten, sich der Mittel zu bedienen, die das Truckgesetz jetzt zur Beseitigung oder Milderung von Bürden gewährt, die bisher schwer auf ihnen lastet haben.“ Es ist seit 1897 eine Erweiterung der Truckgesetze in Kraft, die genau bestimmte Angaben über Strafbüßen und Abzüge vorschreibt.

Die bedeutende Zunahme der Bureauarbeiten hat zur Anstellung eines Schreibers für die weibliche Abtheilung des Inspektorats geführt. Durch seine Verlegung nach 23 Great George Street, Westminster, ist das Bureau ebensowohl zu einem wirklichen Mittelpunkt des Nachrichten-Austausches zwischen den Inspektorinnen geworden — und wo es nöthig erscheint mit anderen Gliedern des Beamtenstandes — als auch zu einem Mittelpunkt des Verkehrs der Inspektorinnen mit Fragestellern und Beschwerdeführern. Es wird im Bericht wieder besonders betont, daß die Beamtinnen es als ihre Hauptaufgabe betrachten, für Arbeiter oder deren Freunde, die ihre Hilfe suchen, zur Stelle zu sein, und daß jederseit, auf dem Bureau oder anderorts, Verabredungen zum Zwecke einer Besprechung getroffen werden können. Miß Anderson's Ausführungen, betreffend den Zweig der weiblichen Aufsichtsthätigkeit, welcher die Prüfung der von Frauen eingesandten Beschwerden über Uebelstände umfaßt, deren Beseitigung möglich ist oder als möglich vorausgesetzt wird, führe ich nachfolgend im Wortlaute an.

„Es war mein Wunsch, ein einfaches Mittel zur Beurtheilung der Arbeit an die Hand zu geben, die durch die direkten Klagen der geschädigten Personen veranlaßt wird. Einerseits lohnt es sich klarzustellen, mit welchem Maß von Zuversicht die Arbeiterinnen die Gelegenheit ausnützen, an uns herantreten zu können; andererseits ist es sehr wünschenswerth, daß der Grad von Zuverlässigkeit dieses, den Inspektorinnen im Allgemeinen zur Verfügung stehenden Leitfadens von der Oeffentlichkeit ungefähr abgeschätzt werden kann. Meine erste Absicht war, die Sachlage in drei nebeneinander stehenden Rubriken der Gesamtsumme der empfangenen, untersuchten und

nicht von uns bestätigten Beschwerden darzustellen. Bei genauer Prüfung meines Beweismateriales wurde ich mir indeß vollkommen bewußt, daß der Gegenstand zu einer solchen Behandlung zu verwickelt sei. Obgleich man ganz bestimmt sagen kann, welches die untersuchten Beschwerden sind, ist es viel schwerer zu sagen, daß die Inspektion eine unzweideutige Widerlegung der Beschwerde ergeben habe. Es bleibt eine große Grenzsumme von Beschwerden, über die nur gesagt werden kann, daß ihre Berechtigung bei ein- oder mehrmaliger Inspektion nicht nachweisbar war. Oft muß einer einzigen Beschwerde zu verschiedenen Tages- und Jahreszeiten nachgespürt werden, und endlich enthüllt irgend ein Zufall die Sachlage; oder ein wichtiger, von der Klägerin nicht erwähnter Theil der Mittheilung wird nach eifrigem Forschen aufgedeckt und dadurch die wesentliche Genauigkeit einer sehr angezweifelten anonymen Beschwerde dargethan. Handelt es sich um ungesegnete Ueberzeit (103 Beschwerden, von denen 78 untersucht wurden, betrafen allein diesen Punkt), so ist die Einsenderin vielleicht eine abgemühte Arbeiterin am Schluß der Saison, und der Verstoß ist am gleichen Ort und zur Zeit nicht mehr festzustellen; erst wenn eine neue flotte Geschäftsperiode beginnt, kann die ganze Summe der Ueberzeit er-messen und obwohl schwerer, vielleicht nachgewiesen werden. Wo die Schreiberin sich persönlich meldet oder ihren Namen zeichnet, können solche Schwierigkeiten natürlich sofort überwunden werden. Die Zahl dieser Fälle mehrt sich stetig und wird noch stärker zunehmen mit der Gewißheit, daß keine Arbeiterin je getäuscht wurde!“

Anderer Schwierigkeiten der Untersuchung hängen mit der Unbestimmtheit der Gesetzgebung oder der Scheu und den Ausreden der als Zeugen angerufenen Arbeiterinnen zusammen. Auch in den einfachsten Fällen sind oft mehrere Besuche nöthig. Von den 400 Beschwerden des Berichtsjahres waren 99 anonym, 122 kamen von Arbeiterinnen-Organisationen, 20 durch amtliche Organe, 159 waren mit der Unterschrift von Arbeiterinnen oder ihrer Freundinnen versehen.

Einen großen Theil der Zeit der Inspektorinnen nahmen vier Sonderuntersuchungen in Anspruch, von denen mir als am bedeutungsvollsten erscheint eine Prüfung des Einflusses der Arbeit in Töpfereien auf die Gesundheit der Arbeiterinnen und des weiblichen Organismus, sowie die Untersuchung der Wirkung und der Ergebnisse der für die betreffende Industrie geltenden Schutzmaßregeln. Die Unzulänglichkeit der Letzteren wird überzeugend dargethan.

Diese und andere eingehende Untersuchungen erfordern eine

Nummer 1054.

Aus dem Schwedischen von Gustav Lichtenstein.

Beide waren jung und trugen das Abelszeichen der Schönheit, im Adelskalender aber stand nur er. Beide waren reich an heißem Jugendblut und jubelnder Lebenslust, an Gold aber nur er.

Draußen auf dem Lande trafen sie sich, gerade um die Zeit, da die Birkenäste reichlich fließen, die Vögel sich paaren, und die Herzen der Jugend höher schlagen vor Sehnen und Hoffen, sie wissen nicht, wonach.

Das erste Mal saß sie auf einem umgefallenen Fichtenstamm im Walde und las in einem Buche, während sie den Frühjahrs-hut auf das dichtblühende Heidelbeerkraut geworfen und die kleinen Füße unter das Kleid gezogen hatte. Und er war hinausgegangen mit der Büchse auf der Schulter, um den Frieden der Natur durch ein paar Vogelmorde zu stören. Vor acht Tagen waren sie einander auf dem Walde vorgestellt worden: „Fräulein K., die Erzieherin unserer Kinder, — Graf J., unser Gutsnachbar.“

Und das Buch blieb bis um die Mittagsstunde aufgeschlagen und ungelesen, und die Vögel, die längst unter den Ägeln des Herrn Grafen hätten verbluten müssen, sie sangen fröhlich in den Bäumen ihren Frühlingshymnus.

Er war zu klug und sie zu naiv, um für den folgenden Tag ein „Stelldichein“ zu verabreden. Aber laut der ungeschriebenen Naturgesetze, denen sich zwanzigjähriges Blut blind unterwirft, kamen sie am nächsten Tage und an vielen folgenden Tagen zu der faulen Fichte im Walde. Es war eine herrliche, milde Sommerzeit, voller Freiheit für die Gieven auf dem Herrenhof und für die leckeren Säger im Walde. . . .

Ich weiß nicht, ob die Schwalben in ihrer Sprache etwas sagen, wenn sie unter Pfeilschnellem Flügelschlag hoch oben in den Wolken zum ersten Male übereinkommen, bei Anbruch der Dunkelheit Schutz unter demselben Dachfirst zu suchen. Die beiden

jugen Menschentinder an dem umgestürzten Fichtenstamm sprachen nichts, als sie zum ersten Male einander ans Herz drückten. Der duftende Wald, die warme Sonne, der Gesang der Vögel, das Dunkel unter dem grünen Dogendach, das alles sprach für sie, und darum tauschten sie Küsse wie die Tauben, anstatt Besprechungen wie die Kulturmenschen.

Und dann ward es Herbst. . . .

Nummer 1054 war ein munterer Knabe mit blondem Haar, rothen Wangen und einem heiltönenden Lachen, mit dem er nicht sparsam umging. Er trug seine Nummer als Soldat in dieser heimathlosen Armee ohne Eltern, die zum Wahlplatz die ganze Welt, das Waisenhaus zur Intendantur hat.

„Ältere, kinderlose Leute“ waren ins Waisenhaus gekommen, um das zu suchen, was sie nicht hatten: ein kleines schutzloses Wesen, das sie lieben und erziehen wollten. Stets waren sie bei Nummer 1054 stehen geblieben und hatten sich zugestüstert: „Ein schönes Kind“, dann waren sie weiter gegangen. Es war etwas Wildes, Trotziges im Blicke dieser „Nummer“, was die Älteren und Kinderlosen erschreckte. Sie wählten lieber ein kleines, niedliches, blasses Mädchen mit einem Stumpfnäschen und deutlichen Spuren von Rhachitis zum Trost ihres Alters.

1054 aber wurde dem Gemeindefleischer in K. für den üblichen Beköstigungspreis übergeben. Hier ging es ihm schlecht und recht, er durfte essen, was die neun leiblichen Kinder des Meisters übrig gelassen hatten und in völliger Freiheit mit den Lederflecken spielen, die auf der Erde herumlagen. Dazwischen bekam er seine Hiebe, durfte sich satt essen, wenn nicht Schmalhans Küchenmeister war, wurde leiblich sauber gehalten und dem Waisenhausvorstand als „gesund, stark und im Genuß der zärtlichsten Elternpflege“ beschrieben.

Des Sonntags, wenn Mutter Schwarz die Nachbarfrauen zum Kaffee bei sich hatte, brachten sie wohl manchmal den neun

sehr viel längere Ausdehnung der einzelnen Revisionen als die Routine-Inspektion: Sie müssen überdies durch zahlreiche Besuche in den Heimen der Arbeiterinnen, bei Ärzten etc., ergänzt werden, sowie durch vermehrte Reisen von einem entfernten Punkte des Landes zum anderen. Neben der wachsenden Bureauarbeit sind diese Untersuchungen der Hauptgrund, „daß bei gleichen Kräften, sie sind natürlich gegenüber der vermehrten Arbeit sehr ungleich, die eigentliche Revisionsfähigkeit gegen die vorhergehenden Jahre sehr eingeschränkt werden mußte“. Die Beamtinnen waren jedoch bemüht, wenigstens die durch die Beschwerden gewiesene Arbeitssumme zu bewältigen. Von den 400 Beschwerden blieben nur 3 zu Ende des Berichtsjahres unerledigt. Die Gesamtzahl der Revisionen hat dagegen fast um die Hälfte gegen 1895 abgenommen; sie betrug 3854 gegen 6796 in dem genannten Jahre.

Als Folge von Bleiweißvergiftung wird eine geradezu überwältigende Masse von Todgeburt und Aborten und eine ungeheure Säuglingssterblichkeit durch Krämpfe zahlenmäßig in dem Berichte nachgewiesen. Von 77 Frauen, die im Jahre 1897 an Bleivergiftung litten, und deren Fälle von den Inspektorinnen persönlich untersucht wurden, waren 15 kinderlos und hatten keine Aborte, 8 hatten 21 Todgeburt, 35 hatten 90 Aborte (von diesen 35 waren 15 kinderlos); 36 hatten 113 lebende Kinder, von denen 61 noch leben, 52 starben; davon 40 an Krämpfen in der Säuglingszeit.

Da Erkrankungen der Athmungsorgane, Asthma, Schwindfucht etc. in Folge verbesserter Ventilation abgenommen haben, wird ausgeführt, daß weitere Resultate der Schutzmaßregeln nur durch Ausschleudung jugendlicher und solcher weiblicher Arbeiter erzielt werden können, deren Gesundheitszustand durch die betreffende Thätigkeit nach Aussage eines mit ihrer periodischen Untersuchung betrauten amtlichen Fabrikarztes nicht gefährdet ist.

Sehr viel Zeit nahm auch die Beschäftigung mit dem neuen Truckgesetz, die Vorbereitung zu seiner Durchführung, seine Auslegung und die Untersuchung seiner Wirkung in Anspruch. Ferner die Herbeischaffung von Material als Grundlage einer Ausdehnung der für die Textilindustrie, Taschentücher-, Schürzen-, Lätzchen-, Blousen-, Filzshutindustrie und einzelne Zweige der kleinen Metallwareindustrie geltenden Verpflichtung der Unternehmer bei Stücklöhnen, genaue Angaben über die Einzelheiten der geforderten Arbeitsleistung und den zu zahlenden Lohn zu machen, auf weitere Zweige der Konfektion, womit ein dringender Wunsch der Arbeiter erfüllt würde.

Wichtig und belehrend sind die Mittheilungen über andere

Kleinen des Meisters ein Stückchen Zucker oder ein Bonbon mit. Nummer 1054 sah ihnen dann mit offenem Munde und bittenden Blicken zu, aber mit keinem Worte bat er um etwas.

Nummer 1054 war fünf Jahre alt, und bei dem Schuhmacher wurden die Vorbereitungen zu den Weihnachten getroffen. Mitten in der Stube stand auf einigen Holzschichten ein großer Kessel mit siedender Bierwürze; der Meister war fortgegangen, um dem Pastor Maß zu einem Paar Stiefel zu nehmen, die Mutter mit den älteren Kindern war draußen bei der Kuh, und die Kleineren spielten in der Küche herum.

Als Mutter und Vater zurückkehrten, lag Nummer 1054 auf der Erde, von der heißen Masse, die er über sich gegossen hatte, halb verbrannt. Nachdem ihm die wenigen Kleidungsstücke in aller Hast vom Leibe gerissen worden waren, zeigte sich der ganze kleine Körper als eine einzige große Brandwunde.

Auf der Landstraße funkelte der Dezember Schnee in der Sonne, die Zweige der Tannen bogen sich unter ihrer weißen Last, und lustiges Schellengeläute erklang in der Ferne. Es war, als ob sich die ganze Natur für das Weihnachtsfest vorbereite.

Mit einem Kutscher in hellbrauner Livree auf dem Bock, von schäumenden Vollblutpferden gezogen, jagte ein eleganter Schlitten auf der Landstraße dahin. Die Insassen, in Zobel- und Marderpelz gehüllt, gehörten den „höheren“ Klassen an, zufrieden sahen sie aber nicht aus. Hand in Hand starrten sie mit gespannten Gesichtszügen in die Ferne, wo die ersten Hütten des Dorfes sichtbar wurden.

„Wir sind bald da.“

„Ach, Otto, mein Herz schnürt sich zusammen, wenn ich an diese Begegnung denke. Ich sterbe vor Scham. O, wie tief empfinde ich meine Sünde!“

„Wenn Du wüßtest, wie jedes Deiner Worte mich trifft, würdest Du suchen, Dich zu beherrschen. Wir holen ihn jetzt,

gefährliche Industrien, Zündholz- und Bleiweißfabriken, über die übermäßig hohe Temperatur bei einzelnen Einrichtungen der Woll- und Baumwollspinnerei, über das gesetzlich gegenwärtig nicht ansehbare Heben und Tragen schwerer Lasten, über die Länge der Arbeitszeit in Waschanstalten und die Schwierigkeit der Durchführung des vierwöchigen Arbeitsverbotes für Wäscherinnen. Nur in einem einzigen Falle, in dem eine Arbeiterin neun Tage nach ihrer Entbindung vom Werkführer wieder in die Fabrik berufen wurde, konnte Bestrafung durchgesetzt werden. Die Frau wurde entlassen, obwohl sie bei der Zeugenaussage den Unternehmer zu decken versuchte, erhielt aber von einem der Richter Arbeit. Mehrere jugendliche Wäscherinnen, die zwei Tage und eine Nacht mit ganz geringen Unterbrechungen beschäftigt waren, wurden in Folge der Bestrafung ihrer Arbeitgeberin ebenfalls entlassen und durch den „Women's Industrial Council“ (Ausschuß für Frauenarbeit) anderweitig untergebracht.

Seit Kurzem hat sich auf Anregung und unter der Leitung von Mrs. Tennant (der früheren Oberinspektorin) ein Verein gebildet, der sich die Unterstützung solcherweise gemahregelten Arbeiterinnen zur Aufgabe stellt.

Ueberhaupt hat die Frage des staatlichen Arbeiterschutzes in England im letzten Jahre die Öffentlichkeit stark und in durchschnittlich sehr sympathischer Weise beschäftigt. Es ist anzunehmen, daß eine kräftige Agitation und die erwähnte sympathische Haltung ihr gegenüber im nächsten Jahre eine Förderung der Gesetzgebung und ihres Verwaltungskörpers zeitigt. Thun wir das Mögliche, ihre Rückwirkung auf das Festland trotz widerstrebender Elemente anzubahnen.

Aus der Bewegung.

Weibliche Delegirte zum Stuttgarter Parteitag. Sechs Genossinnen nahmen an den Arbeiten des Stuttgarter Parteitags Theil. Die Genossinnen Haase und Mesch aus Berlin, als Vertreterinnen der Berliner Genossinnen; Genossin Zieh-Hamburg, als Vertreterin des 2. Hamburger Wahlkreises; Genossin Kähler-Wandsbeck, welche vom 8. und vom 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis entsendet wurde; Genossin Dr. Luxemburg-Dresden, welche die Sozialdemokratie der oberschlesischen Wahlkreise Neustadt und Beuthen-Tarnow vertritt, und Genossin Zetkin-Stuttgart, die als Mitglied der Parteileitung den Berathungen beiwohnte.

wir werden ihn als unseren Sohn erziehen, er wird unsere Freude sein.“

„Wohnt hier der Schuhmacher Peter Schwarz?“

„Aufzuwarten“, sagte der Meister, der eiligst auf die Straße gerannt kam, als er die vornehme Equipage vor seiner Thüre halten sah.

„Gut; ah... dann haben Sie auch... einen... einen... ah... Waisenknaben bei sich... glaube — Nummer 1054?“

„—... für den ich jährlich fünfundsiebzig Reichsthaler bekam, ja, gewiß, Herr Baron, aber die Freude hat ein Ende.“

„Was sagen Sie da, wie meinen Sie das!“ rief jetzt die Dame mit leichenblassem Gesicht.

„Ja, sehen Sie, es ist ihm halt ein Unglück passiert.“

Drinne in der Stube auf grobem Lager war der kleine 1054 gebettet, bleich und stumm. Die siedende Flüssigkeit, die ihm den Tod gebracht, hatte sein schönes, marmorweißes Gesicht verschont, dessen Profil mit der breiten, hohen Stirne ein treues Abbild der menschlichen Züge im Kleinen war, aus denen ein paar Augen ängstlich auf das ärmliche Todtenlager starrten.

Die Gräfin hatte sich, jetzt nur von dem Gefühl der Mutter beherrscht, über die kleine Leiche geworfen und rief: „Mein Kind! Mein Kind!“ Ein matter Versuch des Grafen, der sie bewegen sollte, den Schein zu wahren, blieb fruchtlos; und Meister Schwarz und seine Frau fanden nun ihre Ahnung bestätigt, daß der Kleine „von vornehmen Leuten kam.“

Aber nach kurzer Zeit hatten die stolzen Weltmenschen die konventionelle Maske über ihr Gesicht gezogen, und mit gnädigem Lächeln sagte der Graf zu dem Meister:

„Ich bin Ihnen und Ihrer Frau eine Erklärung über unser eigenthümliches Betragen und die Erregung der Frau Gräfin schuldig. Das Kind war ein Sohn eines Kammerdieners unserer Familie,

Mit der Chef-Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wurde eine Genossin, Frau Dr. Rosa Luxemburg, betraut. Der bisherige Leiter des Blattes, Genosse „Parvus“, ein Russe, der seit Jahren für die Ideen der Sozialdemokratie kämpft, wurde durch polizeiliche Ausweisung seinem bisherigen Tätigkeitsfelde entrissen. Dank seinem Wirken vor Allem hat sich die „Sächsische Arbeiterzeitung“ zu einem der bei Freund und Feind angesehensten und beachtetsten Blätter der sozialdemokratischen Partei entwickelt. Denn Parvus verfügte über ein reiches Wissen, ein großes Talent und eine seltene Arbeitskraft, dazu über eine Treue und Stärke der Ueberzeugung, die ihn jederzeit seine volle Kraft für seine Auffassung in die Waagschale werfen ließen, unbekümmert um die ihm als Ausländer dadurch persönlich erwachsenden Gefahren. Es ist also ein Kampfesposten, ein Ehrenposten in der vollsten Bedeutung des Wortes, der Genossin Luxemburg anvertraut worden ist. Daß die Dresdener Parteigenossen auf diesen Posten eine Genossin berufen haben, ist einer jener Beweise dafür, daß innerhalb der deutschen Sozialdemokratie — von einzelnen persönlichen Ausnahmen abgesehen — die Gleichberechtigung der Geschlechter gilt. Genossin Luxemburg hat seit Jahren durch eine Reihe trefflicher Abhandlungen dargelegt, daß sie als gleichwerthige Kampfesgenossin inmitten der Kampfesgenossen steht. Daß sie das nöthige geistige Rüstzeug für die ihr zugefallene Aufgabe besitzt, hat sie nicht zum Mindesten durch ihre Artikelserie in der „Leipziger Volkszeitung“ gezeigt, „Sozialreform oder Revolution“, sowie durch ihre Ausführungen auf dem Parteitag zur Frage der Taktik. Genossin Luxemburg ist unseres Wissens die erste Frau, die in Deutschland die Chef-Redaktion einer politischen Tageszeitung führt. Wir sind überzeugt, daß ob dieser schrecklichen Thatfache gar manchen Kochlöffel- und Strickstrumpf-Philister jene Gänsehaut überläuft, die das äußerliche treffende Kennzeichen seiner geistigen Verfassung ist.

Notizentheil.

(Von Lily Brann und Klara Bethin.)

Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation.

Der katholische Textilarbeiterinnenverein, über dessen Gründung wir neulich berichteten, soll die Textilarbeiterinnen von Aachen, Birtscheid und Umgegend in einer Organisation zusammen-

der, nachdem er den Dienst verlassen und seine Frau gestorben war, das Kind im Waisenhaus untergebracht hatte. Das haben wir erfahren, und da wir selbst kinderlos sind, waren wir entschlossen, für das Kind zu sorgen. Die Frau Gräfin hatte sich in den Gedanken hineingelebt, daher die jetzige Trauer über das Fehlschlagen unseres Planes. — Hier, nehmen Sie das für Ihre Mühe.“

Der Meister verbeugte sich tief und suchte überzeugt anzusehen, was ihm aber schlecht gelang. Mutter Schwarz trocknete sich die Augen und rief den Segen des Himmels auf die Reichen herab, die für die Kinder des armen Mannes sorgten.

Während der Schuhmacher und seine Frau das Geschenk des Grafen in der Küche nachzählten, drückte die Mutter einen letzten Kuß auf die Stirne des Kindes, das gestorben war, weil die eigenen Eltern ihm das Recht zu leben verweigert hatten.

Die Ehe des Grafen ist kinderlos geblieben. Seine Freunde sagten, „als Strafe für die Vermessenheit, eine arme Erzieherin zu heirathen“. Beide fangen an alt zu werden, und graue Strähnen mischen sich immer dichter in ihre Haare ein. In den Salons ihres Schlosses gehen steife, feierlich aussehende Bediente umher und putzen und reiben die kostbaren Fayence- und Sevresporzellangegenstände, zierliche Kammermädchen stäuben sorgsam jeden Tag die Spiegel und Möbel. Ach, nur ein geringer Bruchtheil dieser ängstlichen Fürsorge hätte genügt, um ein kleines Leben zu retten.

Bisweilen, wenn der Sohn des Waldhüters, ein starker, neunzehnjähriger Jüngling, über den Schloßhof geht, stehen der Graf und die Gräfin oben am Fenster des gelbseidenen Kabinetts und denken: „So alt wäre ‚er‘ jetzt auch!“

Aber weit von ihnen entfernt, in dem Dorfe, wo Meister Schwarz wohnt, da liegt auf einem Grabe des Kirchhofs ein Marmorstein mit vergoldeten Buchstaben. Und darunter schlummert unter Rosen und Lilien Nummer 1054.

schließen. In der Vorberechnung hatten sich gegen vierzig Teilnehmerinnen eingefunden; sechstausend Arbeiterinnen sind in den Textilfabriken der Aachener Gegend beschäftigt. In Berlin, Essen, Trier und anderwärts bestehen bereits katholische Arbeiterinnenvereine, über deren Mitgliederstärke uns leider keine Angaben vorliegen. In Bayern sind die Textilarbeiterinnen mit den Männern zusammen organisiert.

Zur Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeitern in Buchbindereien und den verwandten Gewerben hat der „Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-galanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ eine kleine Broschüre herausgegeben. Dieselbe ist „Rathgeber“ betitelt, zeichnet mit knappen Strichen ein Bild von der proletarischen Lage und legt dann die Nothwendigkeit und den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation dar, sowie den Charakter und die Leistungen des „Verbandes“. Der Stoff ist in klarer, leichtfaßlicher und sehr lebendig wirkender Sprache behandelt. Das kleine Heftchen weicht in seiner Ausstattung beträchtlich und in angenehmer Weise von den meisten Agitationschriften ab und entspricht den Wünschen, die auf dem Gothaer Parteitag bezüglich der Ausstattung der Flugschriften gegeben wurden, welche unter den Frauen verbreitet werden. Gutes Papier; schöner, klarer Druck; niedliche, schmale Zierleisten am Kopfe jeder Seite; kleine Ornamente nach jedem Abschnitte, ein netter, bescheiden aber geschmackvoll verzierter Umschlag; wirken zusammen, um das Auge angenehm zu fesseln und schon äußerlich das Interesse für das Heftchen zu wecken. Wir sind überzeugt, daß Niemand, dem das Broschürchen in die Hand gedrückt wird, dasselbe ungelesen, unbesehen bei Seite wirft, wie dies so oft mit den Flugblättern gethan wird, welche sich durch schlechtestes Papier und schlechten Druck unangenehm auszeichnen. Die Arbeiterinnen insbesondere werden an dem hübschen Heftchen ihre Freude haben, werden wieder und wieder nach ihm greifen und das Wohlgefallen am Aeußeren wird der Aufnahme des Inhalts den Weg ebnen. Das Heftchen enthält als letztes Blatt einen abtrennbaren Anmeldebchein zur Aufnahme in den „Verband der Buchbinder“. Wir wünschen von Herzen, daß die Neuerung recht viele Nachahmung findet, denn sie scheint uns geeignet, die Agitation unter den Indifferenten, zumal auch unter den Arbeiterinnen, zu fördern.

Weibliche Fabrikinspektoren.

* Ein Unterstützungsfonds für Arbeiterinnen, die von den Unternehmern entlassen worden sind, weil sie Fabrik-, Handels- oder Sanitätsinspektoren auf gefehwidrige Schäden im Betrieb aufmerksam gemacht haben, ist auf Beschluß einer Volksversammlung in London gegründet worden, deren Vorsitz der Bischof von London führte. Frau Tennant, die unter ihrem Mädchennamen, Miß Abraham, bekannte, verdienstvolle ehemalige Fabrikinspektorin, referirte, und legte, an der Hand zahlreicher Beweise aus ihren Erfahrungen, die Nothwendigkeit der Gründung solch' eines Fonds dar, der hoffentlich bald die gewünschte Höhe von 200000 Mk. erreichen wird.

Die Zahl der weiblichen Fabrikinspektoren in England ist nach einer Meldung der „Sozialen Praxis“ wiederum vermehrt worden und soll noch weiter vermehrt werden. Wie nämlich das genannte Blatt mittheilt, empfing der Minister des Innern kürzlich eine Deputation, erwählt aus den aristokratischen Frauenteilen Englands, welche eruchte, den Gebrauch des gelben Phosphors bei der Zündhölzchenfabrikation als gesundheitsgefährlich, besonders für Frauen, zu verbieten. Dieser Deputation versicherte nun der Minister des Innern unter Anderem, daß er behufs Vesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Zündhölzchenfabriken viel von der Mehr-einstellung männlicher und weiblicher Inspektoren erwarte. Er habe deshalb wiederum zwei weibliche Inspektoren ernannt und werde demnächst eine weitere Inspektorin ernennen. Genauere Nachrichten bezüglich der Mehreinstellung von Fabrikinspektorinnen haben wir zur Zeit in anderen Blättern noch nicht gefunden.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

* Ueber die Heimarbeit im Schuhmachergewerbe ist kürzlich eine Untersuchung in einem kleinen Bezirk Londons vorgenommen worden. Für die Untersuchung kamen ca. 1400 Frauen und Kinder in Betracht, die mit der Anfertigung von Stapelwaaren für Schuhfabriken beschäftigt waren, während die Zahl der männlichen Arbeiter eine weit geringere war. Mädchen von 7, 8 und 9 Jahren fanden sich, die ihre Freizeit zwischen den Schulstunden bis tief in die Nacht hinein der Arbeit widmen mußten. Was die Löhne betrifft, so können Mädchen von 13 bis 16 Jahren 1 Schilling 6 Pence (1,50 Mk.) täglich verdienen. Eine alleinstehende, stark arbeitende Frau kommt, wenn sie die hohen Kavalleriestiefel anfertigt, auf einen Wochen-

verdient von 14 bis 16 Mk.; wenn sie gewöhnliches Schuhwerk macht, so verdient sie wöchentlich 7 bis höchstens 9 Mk. Nur eine einzige, besonders tüchtige und unter guten äußeren Bedingungen arbeitende Frau fand sich, die 20 Mk. wöchentlich einnahm. Besonders traurig gestalten sich die Verhältnisse, sobald es sich um eine verheiratete Arbeiterin mit Kindern handelt. Wenn die Frau Wirtschaft und Kinder auch noch so sehr vernachlässigt, erwirbt sie höchstens 5 bis 6 Mk. die Woche. Dabei ruht die Erhaltung der Familie meist fast allein auf ihren Schultern, da die Männer in dem betreffenden Bezirk vielfach in Folge von Trunksucht aufs Aeußerste heruntergekommen sind. Die Häuslichkeit leidet unter den Verhältnissen den größten Schaden. Um alle Zeit für die Erwerbsarbeit zu gewinnen, holt die Frau das Essen aus dem Speisehaus, läßt auswärtig waschen und das Nothwendigste nähen. Die Versorgung der Familie in jeder Hinsicht ist durchaus unzureichend, da gutes Essen, häufige Wäsche, genügende Kleidung nicht bezahlt werden kann. Sobald als möglich werden die Kinder zur Mitarbeit herangezogen und sind in Folge dessen in der Schule schlechte Schüler mit müdem Geiste und siechem Körper.

Die „Women's Industrial News“ (Nachrichten für Frauenarbeit), die in ihrer letzten Nummer einen Bericht über diese Erhebung brachten, fügen den Ergebnissen der Erhebung die Bemerkung hinzu, daß die Heimarbeit Unregelmäßigkeit des Lebens, Unsicherheit der Löhne, Vernachlässigung der Kinder und der Wirtschaft, Krankheit und Noth zur Folge hat, und daß die Fabrikarbeit ihr daher bei Weitem vorzuziehen ist.

* Ueber das Leben der englischen Handelsangestellten sind von einem Berichterstatter der Tageszeitung „Daily Chronicle“ Erhebungen veranstaltet worden, deren Ergebnisse zunächst in der Zeitung und jetzt in einer Sonderausgabe erschienen sind. Die Zustände sind besonders in den Waarenhäusern entsetzlich, wo die Angestellten im Hause selbst Wohnung und Unterhalt finden. Wir werden in einer späteren Nummer auf Einzelheiten des interessanten Berichts über die Lage der Handlungsgehilfinnen zurückkommen.

Kinderarbeit.

* Eine Untersuchung über die erwerbsthätigen Schulkinder hat das englische Unterrichtsministerium auf die Anregung des Ausschusses für Frauenarbeit (Women's Industrial Council) angeordnet. Die Direktoren aller Volksschulen haben eine der Zahl ihrer Schüler entsprechende Anzahl von Fragebogen erhalten und sind beauftragt worden, genaue Untersuchungen über die Art der Beschäftigung der Kinder, die Arbeitszeit und den Lohn pro Woche vorzunehmen. Das bisher schon eingelieferte Material soll jetzt schon erschreckende Aufschlüsse geben. Ist es erst vollständig beisammen, so wird man sich nicht über englische Zustände allein zu entsetzen brauchen, denn die Ergebnisse dieser Untersuchung werden für alle Kulturländer typisch sein.

Frauengenoossenschaften.

Der Verband englischer Frauengenoossenschaften (Women's Cooperative-Guild), der 237 Zweigvereine mit rund 12000 Mitgliedern umfaßt, organisiert für den kommenden Winter eine Reihe von Vorträgen, welche ganz besonders auch die industrielle Frauenarbeit und die Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes behandeln sollen. So sind z. B. Vorträge vorgesehen über die „Arbeits- und Lebensbedingungen der Handelsangestellten“, über „gefährliche Gewerbe“, über „die Unfallversicherung“ etc. etc.

Frauenstimmrecht.

Eine Konferenz für Erringung des Frauenstimmrechts in Norwegen hat nach der „Frauenbewegung“ im August in Bergen stattgefunden. Die Konferenz dauerte drei Tage, war aus vielen norwegischen Städten mit zusammen 185 Delegirten besetzt, Frauen und Männer, und beschloß die Gründung eines Vereins für Erringung des Frauenstimmrechts.

Für die Einführung des Frauenstimmrechts in Neu-Süd-Wales (Australien) hat sich bekanntlich der Premierminister der Kolonie ausgesprochen, wie wir in Nr. 19 mittheilten. Wie wir nun in einem englischen Blatt lesen, fügte der Minister seiner Versicherung die Erklärung hinzu, er könne jedoch erst dann mit voller Kraft für die Reform eintreten, wenn die Gesamtheit der Frauen dieselbe fordere. An der Frauenbewegung der Kolonie liegt es nun, eine so rege agitatorische Thätigkeit zu entfalten, daß die Regierung über den Willen der Frauenwelt nicht länger im Unklaren sein kann. Werden unsere deutschen Frauenrechtlerinnen aus dem, was in Neu-Süd-Wales vorgeht, etwas lernen?

* Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der Heimarbeit werden von dem Rechtskomitee des Londoner „Ausschusses für Frauenarbeit“ ausgearbeitet. Diese Vorschläge sollen schließlich in Form eines Gesetzentwurfs dem Parlament vorgelegt werden. Sämmtlichen Gewerkschaften, den offiziellen Behörden und den Fabrikinspektoren ist, mit dem Ersuchen um Rath und eventuelle Mitarbeit, folgendes Rundschreiben zugesandt worden:

„Es wird beabsichtigt, dem Unterhaus in der nächsten Session einen Gesetzentwurf zur besseren Regelung der Heimarbeit vorzulegen, dessen grundlegende Forderung sein soll, daß ein Fabrik- oder Werkstattbesitzer, ein von ihm angestellter Beamter und ein Unternehmer Arbeit in eine Privatwohnung nur dann geben darf, wenn der darin wohnende Arbeitnehmer einen Erlaubnißschein vom Fabrikinspektor vorzeigt, der ausdrücklich feststellt, daß die betreffende Wohnung als Arbeitsraum geeignet ist, ohne daß die Gesundheit der darin beschäftigten Personen gefährdet wird. Der Inspektor kann, auf seine Verantwortung, vorläufige Erlaubnißscheine ausstellen, ehe er die Wohnung untersucht. Eine Liste der Gewerbe, die diesem Gesetz unterstellt werden sollen, muß aufgestellt und der Staatssekretär ermächtigt werden, die Liste von Zeit zu Zeit zu vervollständigen.“

Der „Ausschuß für Frauenarbeit“ ist nach gründlichen Erwägungen und Besprechungen mit anderen Körperschaften dazu gelangt, diesen Weg für den gangbarsten zu halten, um folgenden Uebeln wirksam entgegenzutreten:

a) Dem Umstande, daß die große Zahl der Heimarbeiter in den Städten und auf dem Lande als solche gegenwärtig keiner Inspektion unterstellt sind. Aus den letzten Fabrikinspektorenberichten geht hervor, daß ihre Zahl im Zunehmen begriffen ist, weil in vielen Fällen die Arbeit aus den Fabriken in die Privatwohnungen verlegt wird, um der Inspektion zu entgehen.

b) Den gesundheitschädlichen und elenden Bedingungen, unter denen die Arbeit vor sich geht, die dadurch für den Arbeiter, für seine Familie und vielfach auch für die Konsumenten höchst gefährlich wird.

c) Dem Umstand, daß die bestehende Gesetzgebung sich diesen Schäden gegenüber auch in den Gewerben als unzureichend erweist, die verpflichtet sind, Listen der Heimarbeiter dem Fabrikinspektor vorzulegen. . . .“

Statistisches zur Frauenfrage.

* Ueber die Zahl und die Vertheilung unverheiratheter Männer und Frauen von 20 Jahren und darüber veröffentlicht die Regierung der Vereinigten Staaten eine sehr interessante Statistik. Danach giebt es in der Union 2200000 unverheirathete Männer mehr als Frauen; nach den genauen Angaben: 5427767 unverheirathete Männer, und 3224494 unverheirathete Frauen von 20 Jahren und darüber. Im Westen ist das Verhältniß besonders hervorstechend, denn dort kommen zehn unverheirathete Männer auf ein Mädchen. In keinem einzigen Staate erreicht die Zahl der Mädchen die der unverheiratheten Männer. Massachusetts hat $\frac{2}{10}$ Prozent, Rhode Island 2 Prozent, Kolumbia 8 Prozent, Nord-Karolina 9 Prozent, New Hampshire 9 Prozent, Connecticut 20 Prozent, Maine 37 Prozent, Vermont 54 Prozent etc. etc. mehr unverheirathete Männer als Frauen. In Idaho, dem jüngsten Staate der politischen Gleichberechtigung der Frauen, überwiegt die Zahl der unverheiratheten Männer die der Frauen gar um 1000 Prozent; man zählt dort 1420 Mädchen und 16584 unverheirathete Männer. In Wyoming, dem ältesten Staate der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, giebt es 16183 Hagestolze gegen 1487 Mädchen, also 993 Prozent mehr. In Colorado und Utah, wo die Frauen gleichfalls politische Rechte besitzen, übersteigt die Zahl der unverheiratheten Männer die der Frauen um 416 resp. um 275 Prozent. Erst nach der Kenntniß dieser Zahlen, zu denen übrigens bemerkt werden muß, daß sie die Witwen, Witwer und Geschiedenen nicht mit einschließen, läßt sich der Werth der Siege der Frauenbewegung in jenen Ländern abschätzen. Wo die Frauen so in der Minorität sind, werden sie zweifellos für die Männer werthvoller und ihre Wünsche werden leichter berücksichtigt, weil ihre Erfüllung keine Konkurrenzgefahr für die Männer in sich schließt.

Was das Verhältniß der Witwen zu den Witvern und der Geschiedenen zu einander betrifft, so gelangt die Statistik Nordamerikas hier zu demselben allgemeinen Ergebnis, als die anderer Staaten: daß nämlich die Frauen länger leben, als die Männer, und Witwer sich in weit größerer Zahl wieder verheirathen als Witwen. Gegenüber von nur 815437 Witvern giebt es nämlich 2154615 Witwen, ein Verhältniß, das bei den Geschiedenen wieder-

lehrt, wo 49101 geschiedene Frauen 71895 geschiedenen Männern gegenüberstehen.

Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Sozialistische Agitatorin und Pastorsgattin. Eines der thätigsten Mitglieder der „Independent Labour Party“ (Unabhängigen Arbeiterpartei) in England ist Miß Enid Stacey oder richtiger Frau Enid Widdrington. Enid Stacey, die einer bürgerlichen Familie entstammt, schloß sich schon als sehr junges Mädchen der sozialistischen Bewegung an. Sie hat höhere Studienkurse an der Universität absolviert und den Titel als „Bachelor of Arts“, Magister der Künste, erworben. Ihre reichen Kenntnisse, sowie ihr starkes Talent stellt sie seit Jahren rüchhaltlos in den Dienst der sozialistischen Idee und zählt zu den rühmlichsten und erfolgreichsten agitatorischen Kräften der „Unabhängigen Arbeiterpartei“. Kürzlich verheiratete sich Enid Stacey mit Herrn Widdrington, einem Pastor der Nordenglischen Kirche. Sie führt in der Öffentlichkeit ihren Mädchennamen weiter und ist als Pastorsgattin die gleich energische, allzeit kampfbereite sozialistische Agitatorin, wie vor ihrer Verheiratung. So mußte sie erst in letzter Zeit vor dem Tribunal eines Ortes der Kohlenbezirke unter der Anklage erscheinen, durch ihre Agitation den öffentlichen Straßenverkehr gehindert zu haben. Sie hatte nämlich von einem sozialistischen „Van“ (Propagandawagen) herab eine feurige Agitationsrede gehalten und ein zahlreiches Publikum um sich versammelt. Unsere Genossin verteidigte sich selbst vor den Richtern und wurde freigesprochen. Wir Deutsche sind gewöhnt, daß — von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen — bürgerliche Damen ihre Sympathien für den Sozialismus höchstens hinter gut geschlossenen Türen vertrauten Freunden ins Ohr flüstem, in der Öffentlichkeit aber ihre Ueberzeugungen vorsichtig mit dem „Schweig' stille, mein Herz“ im Zaume halten. Ganz besonders gilt dies von den bürgerlichen Damen, die „Rücksicht nehmen müssen“ auf die Stellung ihres Mannes oder sonstiger Familienangehörigen. Wir Deutsche sind es gewöhnt, in der Öffentlichkeit nicht ein Wort zu sprechen, ohne daß wir im Zeichen der heiligen Pickelhaube nach Anmeldefchein, Polizeibewilligung, Name, Thema zc. gefragt werden. Muthet es uns nicht wie eine wunderfame Mär an, daß in einem anderen Lande eine Pastorsgattin in den vordersten Reihen einer sozialistischen Partei kämpft, daß eine Pastorsgattin vom Wagen herab Agitationsreden an die Menge hält?

Frauenbewegung.

* **Ueber den internationalen Frauenkongreß**, der nächstes Jahr in London stattfinden wird, schreibt Mrs. May Wright Sewell in dem Bostoner „Women's Journal“ einen längeren Artikel, der für die Ueberhebung und Beschränkung der bürgerlichen Frauenbewegung selbst dort, wo sie, wie in Amerika, aufgestellt und verhältnismäßig vorgeschritten ist, wieder einmal Zeugniß ablegt. Der Kongreß wird vom 27. Juni an acht Tage dauern und seine Arbeiten in folgende Gruppen einteilen: Erziehung, höhere Berufe, die Frauen in der Industrie, Zivilrecht, politische Rechte, soziale Stellung. „In jeder dieser sechs Gruppen“, heißt es dann weiter, „soll das Größte gezeigt werden, was Frauen darin erreicht, und das Beste, was sie darin angestrebt haben.“ Nun wird aber an anderer Stelle ausdrücklich erklärt, daß nur Delegirte der Nationalen Frauenverbände zu Referaten und Verhandlungen zugelassen werden. Aus alledem folgt, daß die Schreiberin die Ansicht hat, nur diese Verbände wären allein die Verufenen, um das „Größte“ und „Beste“, das in ihren Vaterländern erreicht und erstrebt worden ist, dem Kongreß vorzuführen. Was sagen die deutschen Arbeiterinnen dazu, die mit den größten Opfern um das größte Ziel ringen, die unentwegt im härtesten politischen und sozialen Kampfe stehen? Brechen sie nicht in helles Gelächter aus, wenn sie daran denken, daß der Bund deutscher Frauenvereine auf jenem Kongreß ganz Deutschland vertreten wird?

Für die Mitwirkung der Frauen bei der Armenpflege in Dortmund hat sich die Stadtverwaltung kürzlich ausgesprochen. Die Anregung zu der Neuerung ist vom Magistrat ausgegangen, der dieselbe eingehend begründet hatte. Seine Vorlage wurde nach lebhafter Debatte mit 27 gegen 18 Stimmen angenommen. Unter welcher Form und innerhalb welcher Grenzen die Frauen bei der Armenpflege mitwirken sollen, darüber liegen uns keine Angaben vor.

Zahl der Studentinnen an Schweizer Universitäten. Im letzten Halbjahr studierten an den Schweizer Universitäten 843 Damen. Zürich zählte 216 Studentinnen, Genf und Bern je 135, Lausanne 95, Freiburg 43 und Basel 13. 1897 studierten in der Schweiz nur 728 Frauen.

* **Die in Privas (Frankreich) streifenden Walkerinnen** sind von sämmtlichen französischen Frauenvereinen durch Geldzuwendungen in ihrem Kampfe unterstützt worden. Die Zeitungen der Frauenrechtlerinnen sammelten für die Streifenden. Wohl ein beschämendes Beispiel für die deutsche bürgerliche Frauenbewegung. In Deutschland sind bisher nur einzelne Gruppen der Frauenbewegung in ganz seltenen Ausnahmefällen für kämpfende Arbeiterinnen eingetreten. Die Walkerinnen von Privas traten in den Ausstand, um eine Erhöhung ihres Lohnes zu erzielen, der 90 Centimes (72 Pfg.) pro Tag beträgt.

* **Auswüchse des patriotischen Siegesjubels** findet man jetzt vielfach bei den Amerikanerinnen. Die Töchter der Dollarkönige lassen sich genau nach dem Modell der Uniformen amerikanischer Regimenter Anzüge machen, deren größte Kostbarkeit in „echten“ Uniformknöpfen besteht. Diese Knöpfe müssen von Uniformen solcher Soldaten stammen, die mitten im Kampfe standen und womöglich verwundet wurden; jeder solcher Knopf wird mit Gold aufgewogen!

* **Die chinesische Regierung steht dem Londoner Frauenkongreß sympathisch gegenüber.** Sie ernannte zwei Chinesinnen als Delegirte für denselben. Die Kaiserin von China soll sich persönlich für die Frauenbewegung interessieren, der sie von Kindheit an schon dadurch Vorschub leistete, als sie das äußere Kennzeichen der Verküftung chinesischer Frauen, die künstlich verkrüppelten Füße, niemals aufzwang.

114 Lehrerinnen gegenüber 1316 Lehrern und ferner 347 Arbeitslehrerinnen zählt der Kanton Zürich. Von den letzteren haben 10 eine 33jährige Dienstzeit hinter sich.

Gegen die Zulassung der Frauen zum Apothekerberufe erklärte sich die Generalversammlung des deutschen Apothekervereins, die in letzter Zeit in Köln tagte. Allerdings nicht unbedingt, sondern gnädiglich nur für solange, als die Frauen in Deutschland nicht zu den anderen gelehrten Berufen zugelassen werden. Die Herren Pillendreher erklärten damit, wir schneiden unseren Zopf nicht eher ab, als andere spießbürgerliche Gelehrte den ihrigen abschneiden. Auch ein Standpunkt.

Weiblicher Doktor der Philosophie. An der Züricher Universität hat das Fräulein Mary Alien Billery von Wellesley (Nordamerika) auf Grund der eingereichten Dissertation und vorchriftsmäßig abgelegter Prüfungen die Würde eines Doktors der Philosophie erworben.

Den Arztinnen Frau Dr. Gisela Kuhn in Remscheid und dem Fräulein Dr. Mosta in Barmen ist das Praktizieren an den dortigen Krankenhäusern verboten worden. Vielleicht männlicher Konkurrenzneid? Frau Dr. Kuhn hat ihre Studien an der Universität Zürich gemacht.

* **Einen weiblichen Steuereinnahmer** hat St. Stowis, eine kleine englische Stadt, erhalten.

* **Zum Standesbeamten in Manchester** ist Mrs. Pankhurst ernannt worden. Sie hat freilich in ihrem Amte in England nicht die Trauungen zu vollziehen, sondern nur die Geburten und Todesfälle zu registriren.

* **Die amerikanische Armee hat eine Frau in ihren Verband aufgenommen.** Miß Anita Newcomb McGee ist zum Armeehilfswundarzt ernannt worden und hat damit zu gleicher Zeit einen militärischen Rang erhalten.

* **Einen weiblichen Sanitätsinspektor** hat Los Angeles in Kalifornien erhalten. Miß Emilie Luz, die Sanitätsinspektorin, ist eine Krankenpflegerin deutscher Herkunft.

Lehrerinnen in Nordamerika. In den Vereinigten Staaten sind zwei Drittel des Lehrpersonals Frauen. Nach der Volkszählung von 1890 standen nämlich 252830 Lehrerinnen 121630 Lehrer gegenüber. In den Staaten Massachusetts und New Hampshire machen die Lehrerinnen neun Zehntel, in New York und New Jersey fünf Sechstel der gesammten Lehrerschaft aus.

Weiblicher Doktor der Medizin. Die medizinische Fakultät der Universität Zürich hat Frau Ekber-Zaborowska aus Kieß (Russisch-Polen) auf Grund ihrer Dissertation und nach erfolgreich bestandenen Prüfungen die Würde eines Doktors der Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe verliehen.

Eine männliche Hebamme ist wohl ein recht unglaubliches Kuriosum und doch verrichtet in der kleinen Berggemeinde Illgau im Kanton Schwyz ein Mann die Funktionen als Hebamme. Vor ihm bekleidete sein Vater das Amt. Der gegenwärtige Inhaber der Hebammenstelle wird von den Frauen in Illgau sehr gerühmt; es soll ihm noch keine Frau, der er seine Hilfe angebiehen ließ, gestorben sein. Nächstens soll nun seine Tochter die Stelle übernehmen. dz.